

(Ort, Antragsdatum)

An den Landkreis Uelzen - Untere Naturschutzbehörde - Postfach 1761 29507 Uelzen	(Eingangsstempel)
--	-------------------

**Antrag auf Bodenabbau
nach dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum
Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)
in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)**

Ich / Wir beantrage(n) die Genehmigung zur

- Neuaufnahme
- Wiederaufnahme
- Erweiterung
- Änderung
- Verlängerung

eines Bodenabbaues in

(Samtgemeinde, Gemeinde, Ortsteil)

Es soll(en) gewonnen werden

(z.B. Sand, Kies, Torf, Steine, Mergel)

- im Trockenabbau
- im Naßabbau

Als Anschlußnutzung ist vorgesehen

(z.B. Eigenentwicklung, Land- oder Forstwirtschaft)

Antragsteller:
(Zu-, Vorname, Firma
Adresse, Telefon)

Verantwortlicher Bauleiter
der Abbaustelle :
(Zu-, Vorname, Firma
Adresse, Telefon)

1. Abbaustätte

(Die Abbaustätte ist der Bereich, der für die Bodenentnahme und den damit zusammenhängenden Betrieb in Anspruch genommen wird und anschließend hergerichtet werden muss)

Eigentümer, Nießbraucher oder Erbbauberechtigter (Name, Adresse, Telefon)	Bezeichnung der Flurstücke			
	Gemarkung	Flur	Flurstück	Flächengröße
	Summe der Flächen			

2. Abbau

2.1. Geplanter Abbau	(Datum)
2.1.2 Voraussichtliche Dauer	Jahre
2.2 Fläche der gesamten Abbaustätte	m ²
2.2.1 davon Abbaufäche	m ²
2.3 Abbautiefe	m
davon Trockenabbau	m
davon Naßabbau	m
2.3.1 Lage des mittleren Grundwasserspiegels unter Geländeoberfläche (ggf. in Höhe über NN) am (Datum)	
2.4 Überschlägige Abbaumenge	m ³
2.5 Zahl der Abbauabschnitt ggf. Zahl der Herrichtungsabschnitte	
2.6 Angaben über	
2.6.1 Art und Mächtigkeit des Materials, der Abraumes und der Deckschichten (durchgeführte Untersuchungen)	
2.6.2 Betriebs- und Förderanlagen, Art und Weise der Gewinnung des Materials (z.B. Saugbagger, Transport mit Lader, Bandstraße)	
2.6.3 Anlagen zur Verarbeitung des gewonnenen Materials (z. B. Kies-, Beton-, Zementwerk)	
2.6.4 Lagerung von Öl- und Treibstoffvorräten	

- 2.6.5 Sicherung der Abbaustätte zur Gefahrenabwehr (z.B. Zäune)
- 2.6.6 Gewässerbenutzung
- 2.6.7 Verbleib von Schmutzwasser
- 2.6.8 Emissionen (z.B. Staub, Lärm, Erschütterungen)
- 2.6.9 Abschirmung der Abbaustätte gegen die Umgebung, insbesondere in naturschutzrechtlich geschützten Gebieten (z.B. Schutzpflanzungen, Wälle)
- 2.7 Absicht mögliche Erweiterungen der Abbaustätte (Bezeichnung der Flurstücke) oder ihrer Vertiefung über das zu Nr. 2.3 genannte Maß hinaus

3. Kosten der Herrichtung

Als Berechnungsgrundlage dienen die Kosten, die bei der Ausführung durch Dritte entstehen würden

3.1	Erdarbeiten zur Oberflächegestaltung (Massenbewegung in m ³) x €/m ³	=	€
3.2	Maßnahmen zur Sicherung von Böschungen, Gräben, Ufern, Wänden	=	€
3.3	Beseitigung von Betriebsanlagen in der Abbaustätte	=	€
3.4	Bodenvorbereitung für die Rekultivierung m ² (Fläche) x €/m ²	=	€
3.5	Ansaat mit Gras und / oder Leguminosen	=	€
3.6	Gehölzpflanzung (liefern und pflanzen)	=	€
3.7	Pflegearbeiten über zwei Jahre	=	<u>€</u> €
3.8	Von den Gesamtkosten entfallen auf den ersten Herrichtungsabschnitt	=	€

4. Anlagen

Dem Antrag werden folgende Anlagen beigelegt:

- 4.1 Übersichtsplan (Regelfall 1 :25.000, bei Großvorhaben 1 : 50.000)
- 4.2 Lageplan im M 1 : 5.000
- 4.3 Abbauplan ¹
- 4.4 Landschaftspflegerischer Begleitplan¹
- 4.5 Zur Verdeutlichung des Abbauplanes und des Landschaftspflegerischen Begleitplanes werden Schnittzeichnungen oder Ausschnitte, die aus dem Abbauplan entwickelt sind, beigelegt^{1 2}
- 4.6 Den Plänen wird ein textlicher Erläuterungsbericht beigelegt²

5. Eigentumsnachweis bzw. Einverständniserklärung des Eigentümers

- 5.1 Der Antragsteller ist Eigentümer – eines Teiles – der in Anspruch genommenen Flächen³
- 5.2 Für die nicht im Eigentum des Antragstellers stehenden Flächen werden die Einverständniserklärungen des / der Grundstückseigentümer
 - zum Antrag,
 - zum Abbauplan und
 - zum Landschaftspflegerischen Begleitplanbeigelegt.

Name des Eigentümers	Flur	Flurstück	Unterschrift mit Datum als Einverständniserklärung

6. Die Richtigkeit aller Angaben wird versichert.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

¹ Die Antragsunterlagen sind unter Beachtung des § 9 NAGBNatSchG v. 19.02.2010 und des Runderlasses des MU vom 03.01.2011 zusammenzustellen.

² Zutreffendes bitte ankreuzen

³ Unzutreffendes bitte streichen